

Vorstandsvergütung: Hohe Ausgaben für Manager-Renten	2
Investitionen: Geld ist da, Nachfrage fehlt	3
Mitbestimmung: 20 Jahre Eurobetriebsräte	4
Von Wahlmüdigkeit keine Spur	5
Länderfinanzausgleich: Mehr Wettbewerb wäre schädlich	6
Verteilung: Ungleichheit wächst wieder	7
TrendTableau	8

ARBEITSMARKT

Atypisch ist fast normal

Minijobs und Co. bleiben weit verbreitet: Fast jeder zweite Job ist kein Normalarbeitsverhältnis.

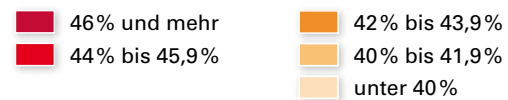
Das zeigen aktuelle Auswertungen des WSI, die über die Datenbank „Atypische Beschäftigung“ online abrufbar sind.* Deutschlandweit waren im Jahr 2013 demnach 45,3 Prozent aller Arbeitsverhältnisse Minijobs, Teilzeitstellen oder Leiharbeit. Eigentlich, so WSI-Experte Toralf Pusch, wäre angesichts der vergleichsweise guten Arbeitsmarktentwicklung in den letzten Jahren ein verringerter Druck zur Aufnahme solcher Beschäftigungsformen zu erwarten gewesen.

Stattdessen zeigen die Berechnungen des WSI, dass die Leiharbeit mit einem Anteil von 2 Prozent der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung annähernd auf dem Stand des Vorkrisenjahrs 2007 verharret. Der Anteil der Minijobs hat im Vergleich zu 2007 sogar leicht zugelegt: um 0,6 auf 21,1 Prozent aller Arbeitsverhältnisse. Dazu dürften vor allem Neben-Minijobs beigetragen haben, deren Zahl seit 2007 um über 650.000 zugenommen hat, erläutert Pusch. Bei der Teilzeit zeigt die Statistik für die Jahre 2007 bis 2011 ebenfalls Zuwächse. Nach Umstellung der Meldestatistik der Bundesagentur für Arbeit betrug die Teilzeitquote im vergangenen Jahr 20,2 Prozent. Wie auch Minijobs würden Teilzeitbeschäftigungen vor allem von Frauen ausgeübt, konstatiert der Forscher.

Die WSI-Datenbank liefert Informationen für jede Stadt und jeden Kreis. Bundesweit am stärksten verbreitet ist atypische Beschäftigung mit 58,8 und 57,2 Prozent in Delmenhorst und Landshut, also im Westen der Republik. Dort sei atypische Beschäftigung bei Frauen vor allem im ländlichen Raum sehr weit verbreitet, so der Arbeitsmarktexperte. Insgesamt wiesen daher auch westdeutsche Flächenländer die höchsten Quoten auf: Schleswig-Holstein liegt mit 47,3 Prozent vorn, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 46,5 und Niedersachsen mit 46 Prozent. Im Osten liegen die Werte deutlich darunter, was laut Pusch mit anderen Erwerbsmustern vor allem bei Frauen zusammenhängt. Am niedrigsten ist der Anteil atypischer Beschäftigung in Thüringen, wo allerdings immer noch knapp zwei Fünftel der Arbeitsverhältnisse betroffen sind. ◀

Atypischer Westen

Leiharbeit, Minijobs oder Teilzeit waren 2013 von allen Beschäftigungsverhältnissen ...



Quelle: WSI 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

* Quelle: WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Hohe Ausgaben für Manager-Renten

Die in DAX und MDAX notierten Unternehmen geben für die betriebliche Altersversorgung ihrer ehemaligen und aktiven Vorstände Millionen aus.

Vorstände sollen ihr Unternehmen nachhaltig voranbringen: Perspektiven für Beschäftigung und Standorte schaffen, im Einklang mit der Umwelt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern. „Das ist die Messlatte, die die Mitbestimmung an die Arbeit von Top-Managern anlegt“, sagt Lasse Pütz, Mitbestimmungsexperte der Hans-Böckler-Stiftung. Daran müsse sich auch die Vergütung orientieren.

Ein erheblicher Teil der Bezahlung erfolgt in Form von Pensionszusagen. So haben etwa die 30 DAX-Unternehmen 2013 im Durchschnitt für jedes ihrer aktiven Vorstandsmitglieder etwa 500.000 Euro für die betriebliche Rente zurückgestellt. Das entsprach etwa 57 Prozent der Festbezüge, wie eine Auswertung des Vergütungsexperten Heinz Evers im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeigt.* Die Frage ist, ob diese Art der – weitgehend leistungs- und erfolgsunabhängigen – Vergütung zu einer nachhaltigen Unternehmensführung passt.

Evers stellt immerhin einige positiv zu bewertende Veränderungen fest: Mit neu berufenen Vorständen werde heute oft ein geringeres Leistungsniveau vereinbart als bei Altvorständen. Schaut man auf die längerfristige Entwicklung der Vorstandspensionen, so sei zu konstatieren, dass der Aufwärtstrend der jüngeren Vergangenheit gebrochen ist. Heute würden die Ruhegelder zudem zunehmend als Teil der Gesamtvergütung wahrgenommen – und nicht als pauschale Zusatzleistung. Besonders bemerkenswert ist Evers zufolge, dass acht Unternehmen aus dem MDAX sowie der DAX-Konzern Beiersdorf die besondere betriebliche Altersvorsorge für Vorstände ganz abgeschafft haben.

Allerdings spricht der Experte von einer „anhaltenden Intransparenz der Versorgungsaufwendungen“. Und das, obwohl die Aufsichtsräte sich nach dem deutschen Corporate Governance Kodex seit 2013 verpflichtend mit diesem Thema beschäftigen müssen.

Lasse Pütz sieht Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten durch die neuesten Zahlen herausgefordert, in Zukunft noch stärker auf die Gesamtvergütung für Vorstände zu schauen, inklusive der Versorgungsbausteine für das Alter. Auch diese müssten so gestaltet sein, dass Vorstände belohnt würden, „die erkennbar den langfristigen Erfolg des Unternehmens mit Zukunftsperspektiven für Beschäftigung und Standorte im Auge haben und nicht nur das Wohl der Ak-

Was Ex-Vorstände die Unternehmen kosten

Insgesamt 7,9 Millionen Euro hat das durchschnittliche DAX-Unternehmen 2013 an die früheren Mitglieder seines Vorstands gezahlt, so Vergütungsfachmann Heinz Evers. Damit gaben die Konzerne für die Renten ihrer einstigen Spitzenmanager noch einmal knapp 40 Prozent der Summe aus, die sie den aktiven Vorstandsmitgliedern überwiesen. Zusätzlich flossen pro Unternehmen im Schnitt 3,1 Millionen Euro in die Rückstellungen für das künftige Ruhegeld der heute aktiven Spitzenmanager – rund 500.000 Euro pro Person.

Erstmals liefert Evers' Analyse auch Daten für die 47 mittelgroßen Konzerne, die im MDAX notiert sind: Sie wendeten im Durchschnitt 1,8 Millionen Euro für die Pensionszahlungen an ihre ehemaligen Vorstandsmitglieder auf. Hinzu kamen 1,2 Millionen Euro, die ein durchschnittliches MDAX-Unternehmen allein 2013 für die künftigen Pensionen seiner aktiven Vorstandsmitglieder zurücklegte.

Die Altersgrenzen für die Vorstandspensionen steigen nach der Auswertung seit einigen Jahren wieder an. Allerdings zahlen nach wie vor zwei Drittel der Firmen, bei denen sich das Pensionsalter erfassen ließ, ab 63 Jahren oder sogar schon früher.

Unterm Strich haben alle DAX- und MDAX-Konzerne aktuell 3,6 Milliarden Euro für die Renten ihrer ehemaligen Vorstände zurückgestellt. Für die aktiven Spitzenmanager summieren

sich die Rückstellungen noch einmal auf 1,2 Milliarden Euro. Wie viel Geld ein Unternehmen insgesamt aufwenden muss, wird nicht nur von den Pensionssystemen bestimmt, sondern auch davon, wie viele frühere Spitzenmanager oder Hinterbliebene Renten erhalten. So haben große Traditionsunternehmen oder solche Unternehmen, die ihre Vorstände häufiger wechseln, entsprechend höhere Lasten.

Vorstände: Millionen fürs Alter

Die Altersversorgung früherer und aktueller Vorstände kostete 2013 im Schnitt in ...

DAX-Unternehmen

11 Mio €

MDAX-Unternehmen

3 Mio €

Quelle: Evers 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

tionäre des Unternehmens“. Oder solche, die Krisen ohne Beschäftigungsabbau durchgestanden haben. Zudem sollten die Versorgungsansprüche in einem angemessenen Verhältnis zu den Ansprüchen aller Mitarbeiter stehen. Großzügige pauschale Ruhegelder ohne Bezug zur längerfristigen Unternehmensentwicklung seien jedenfalls nicht mehr zeitgemäß. ◀

* Quelle: Heinz Evers: Betriebliche Altersversorgung von Vorstandsmitgliedern in DAX- und M-DAX-Unternehmen, Auswertung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, September 2014
 Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Geld ist da, Nachfrage fehlt

Die privaten Investitionen in Deutschland fallen zurzeit ziemlich schwach aus. Der Hauptgrund ist die fehlende Nachfrage. Finanzierungsprobleme oder Produktionsverlagerungen ins Ausland spielen dagegen keine große Rolle.

Dass der Staat zu wenig investiert, lässt sich unter anderem an maroden Schulgebäuden und löchrigen Autobahnen ablesen. Wie es um die privaten Investitionen steht, ist weniger augenfällig. IMK-Forscher Fabian Lindner hat die aktuelle Lage analysiert und international wie historisch eingeordnet.* Lindner zufolge hinkt Deutschland vor allem bei den privaten Bauinvestitionen hinterher. Bei den Ausgaben für Produktionsanlagen steht die deutsche Wirtschaft zwar nicht schlechter da als die der anderen Euroländer, sie investiert allerdings deutlich weniger als in früheren Zeiten. Die Ursache: Die Kapazitäten der Unternehmen sind wegen der schwachen Nachfrage nicht ausgelastet.

Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote sei hierzulande zwischen 2000 und 2013 von 21 auf 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit deutlich unter den Durchschnitt der Eurozone gesunken, schreibt der Ökonom. Für diesen Rückstand seien zum einen die unzureichenden öffentlichen Investitionen verantwortlich, zum anderen Probleme der Bauwirtschaft. Die privaten Ausgaben für Wohnungsbau, Gewerbeimmobilien und Infrastruktur hätten sich in Deutschland spiegelbildlich zu denen im übrigen Euroraum entwickelt: Dem deutschen Immobilienboom nach der Wiedervereinigung folgte ab den späten 1990er-Jahren ein drastischer Rückgang der Bautätigkeit, die sich seitdem nur langsam erholt. In anderen Ländern, vor allem in Spanien und Irland, setzte dagegen mit der Euro-Einführung ein Aufschwung der Bauwirtschaft ein, der mittlerweile zum Teil einer Anpassungskrise gewichen ist.

Anders sieht es Lindner zufolge bei den Ausgaben für Maschinen und Geräte aus: Hier schneidet Deutschland regelmäßig besser ab als die anderen Euroländer. Trotzdem sind im Vergleich zur Vergangenheit durchaus Defizite erkennbar: Besonders ab 2008 sei die Quote der Ausrüstungsinvestitionen deutlich zurückgegangen, konstatiert der IMK-Wissenschaftler.

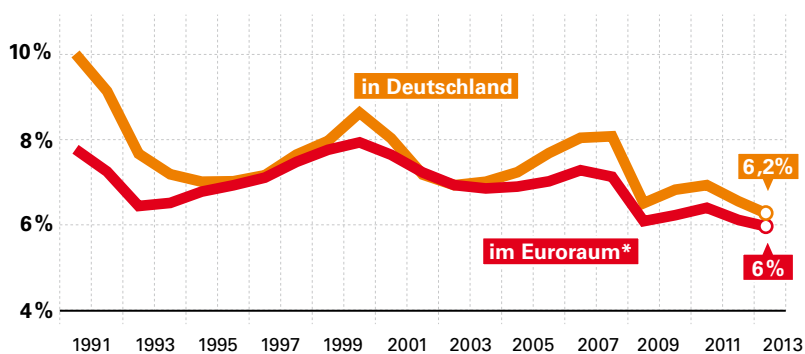
Nach seiner Einschätzung dürften Finanzierungsprobleme dabei kaum eine Rolle spielen. Angesichts steigender Gewinne und sinkender Ausschüttungen seien Unternehmen zunehmend in der Lage, Investitionen aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Darüber hinaus befänden sich die Zinsen auf einem historisch niedrigen Niveau. Tatsächlich klagten laut einer Umfrage momentan nur fünf Prozent der deutschen Industrieunternehmen über Finanzierungsschwierigkeiten. An Mitteln für Ausrüstungsinvestitionen fehle es also nicht, schreibt Lindner.

Auch Produktionsverlagerungen ins Ausland könnten die Entwicklung nicht erklären, so der Wirtschaftswissenschaftler. Eine Konkurrenz zwischen Direktinvestitionen im Ausland und heimischen Ausrüstungsinvestitionen sei nicht nachweisbar. Vielmehr gelte: Wenn die einen steigen, steigen auch die anderen. Denn in der Regel engagierten sich Unternehmen im Ausland, um neue Märkte zu erschließen – und nicht, um Kosten zu sparen.

Als dominierende Ursache für den Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hat Lindner die schwache Nachfrage identifiziert. Unternehmen entschieden sich dann für Investitionen, wenn ihre Kapazitäten nicht ausreichen, um ihre Aufträge abzuwickeln. Dass die Hersteller momentan unterausgelastet seien, hänge vor allem mit der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft zusammen. Denn die

Gemeinsam bergab

Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt betrug ...



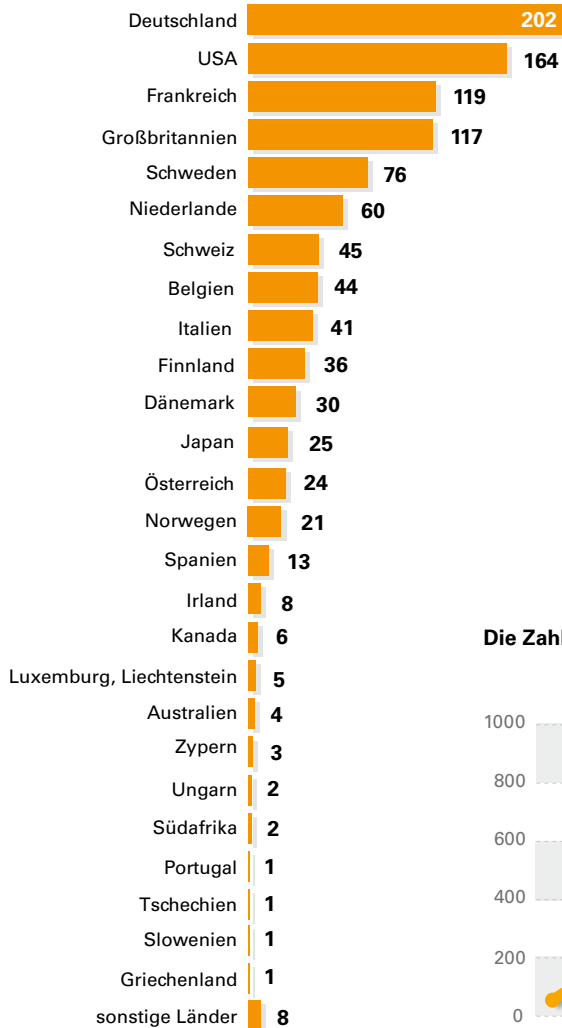
* ohne Deutschland und Osteuropa; Quelle: Lindner 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

überzogene Austeritätspolitik in der EU belaste die Auslandsnachfrage. Den deutschen Unternehmen empfiehlt Lindner, auf ein Ende der verfehlten Sparpolitik im Euroraum zu dringen. Hier sei auch die deutsche Regierung in der Pflicht – genauso wie bei den öffentlichen Investitionen. Denn diesen attestieren verschiedene Studien einen besonders hohen Multiplikatoreffekt, also eine stark stimulierende Wirkung. Daher könnte die Politik durch mehr eigene Investitionen auch dafür sorgen, Produktionskapazitäten der heimischen Wirtschaft besser auszulasten, so der Ökonom. „Das würde die Binnenwirtschaft stärken, damit die Abhängigkeit von der ausländischen Nachfrage etwas reduzieren und darüber hinaus die privaten Bau- und Ausrüstungsinvestitionen anregen.“ ◀

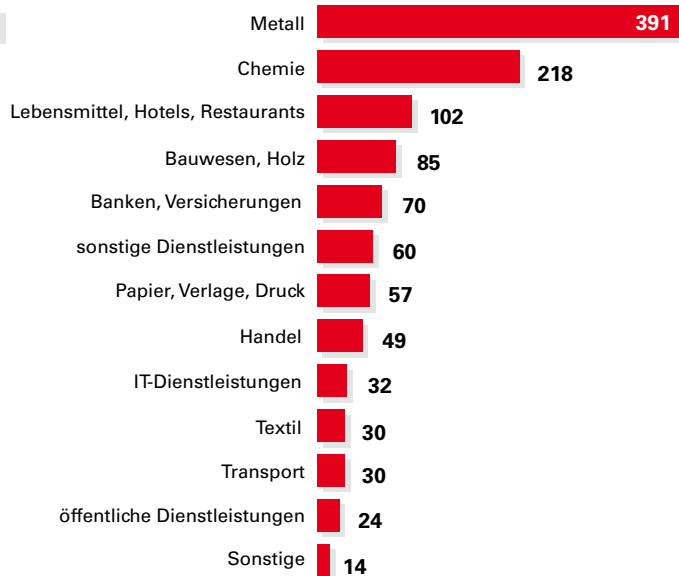
* Quelle: Fabian Lindner: Privater Investitionsstau in Deutschland? Kein Mangel an Maschinen, aber an Nachfrage, IMK Report 96, August 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

20 Jahre Eurobetriebsräte: Deutsche Metaller vorn

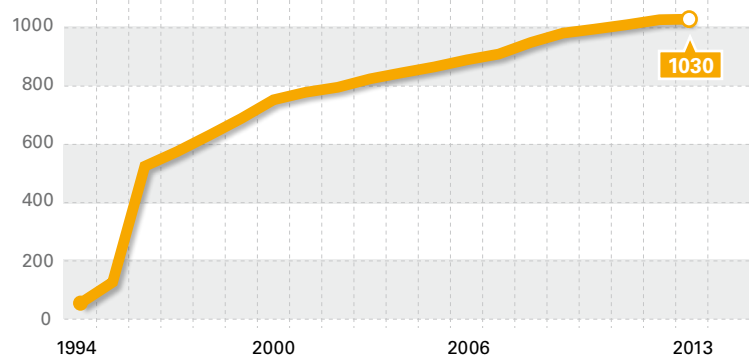
Unternehmen mit Europäischen Betriebsräten haben ihren Hauptsitz in ...



So viele Europäische Betriebsräte gibt es in den Branchen ...



Die Zahl der Europäischen Betriebsräte betrug ...



Quelle: ETUI 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Die Richtlinie 94/45/EG zur Einrichtung von Europäischen Betriebsräten (EBR) vom September 1994 soll das Recht auf Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern in multinationalen Konzernen stärken. Sie gilt für EU-weit operierende Unternehmen, die mehr als 1.000 Beschäftigte und mindestens zwei Niederlassungen in unterschiedlichen Mitgliedstaaten mit jeweils über 150 Beschäftigten haben. Heute gibt es etwa 12.000 Arbeitnehmervertreter in mehr als 1.000 EBR, die grenzüberschreitend die sozialen Interessen ihrer Kollegen wahrnehmen. In 20 Jahren hat sich der EBR zu einem unverzichtbaren Element der europäischen Arbeitsbeziehungen entwickelt, sagt Norbert Kluge. Der Leiter der Abteilung Mitbestimmungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung sieht aber durchaus noch Verbesserungsbedarf. Zum einen bedürfe die nationale Umsetzung der Vorgaben einer kritischen Prüfung. Zum anderen gelte es, die Einflussmöglichkeiten der Arbeitnehmervertreter zu erweitern. Kluge empfiehlt, die Schwellenwerte zur Gründung eines EBR von 1.000 auf

500 beziehungsweise von 150 auf 100 Mitarbeiter zu senken. Der Gesetzgeber sollte dem Eurobetriebsrat ausdrücklich das Recht auf Zugang zu allen Standorten einräumen und die Möglichkeit, das Unternehmen zu verklagen. Die Kosten wären dabei durch den Arbeitgeber zu tragen. Zudem sei eine Ausweitung des Zuständigkeitskatalogs notwendig: Datenschutz, Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung, die Integration Behinderter, Umwelt, Arbeitsschutz und Sicherheit sowie Investitionen wären wichtige EBR-Themen, so der Mitbestimmungsexperte. Nötig sei darüber hinaus, das Unterrichtsrecht verbindlicher und weiter als in der Richtlinie zu fassen, etwa nach dem Vorbild des Wirtschaftsausschusses im deutschen Betriebsverfassungsgesetz. Dessen Unterrichtung über wirtschaftliche Angelegenheiten muss „rechtzeitig und umfassend“ sein und die „Beratung“ mit dem Arbeitgeber umfassen. ◀

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Von Wahlmüdigkeit keine Spur

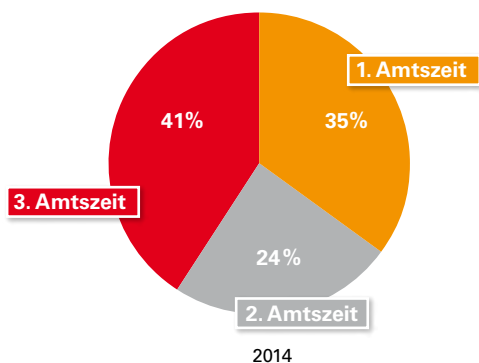
Bei den Betriebsratswahlen bleibt die Beteiligung auf hohem Niveau. Die große Mehrheit der Gewählten ist gewerkschaftlich organisiert und erfahren, beim Frauenanteil besteht zum Teil noch Nachholbedarf.

Von März bis Ende Mai 2014 hatten Beschäftigte in zahlreichen Unternehmen Gelegenheit, über die Zusammensetzung ihrer Betriebsräte zu entscheiden. Nach Berechnungen von Ralph Greifenstein, Leo Kißler und Hendrik Lange machten im Schnitt etwa vier Fünftel von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Diese hohe Beteiligung spreche für eine ausgeprägte Verankerung der betrieblichen Interessenvertretungen in den Belegschaften, urteilen die Soziologen von der Universität Marburg. Ihre von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Analyse basiert auf Daten von knapp 15.000 Betrieben aus den Organisationsbereichen von IG Metall, ver.di, IG BCE und NGG.*

Stabile Beteiligung: Die durchschnittliche betriebliche Wahlbeteiligung lag 2014 insgesamt bei 79 Prozent. Um Aussagen über Trends ableiten zu können, haben Greifenstein, Kißler und Lange die Zahlen mit Ergebnissen aus dem Jahr 2010 verglichen. Damals lag die Wahlbeteiligung auf vergleichbarem Niveau. Das ausgeprägte Interesse dürfte nach Einschätzung der Wissenschaftler zu einer wirksamen Mitbestimmung beitragen: „Die Wahlbereitschaft der Beschäftigten stärkt in der betrieblichen Verhandlungsarena die betriebliche Schutz- und Gestaltungsfunktion der Betriebsräte auch nach den Betriebsratswahlen 2014.“

Erfahrung zählt

Von den 2014 gewählten Betriebsräten* befinden sich in der ...



* im Bereich der IG Metall; Quelle: Kißler u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Überwiegend Gewerkschafter: Eine tiefgreifende Veränderung im gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Betriebsräte zeigten die Wahlergebnisse nicht, so die Forscher. Etwa drei Viertel der Mandate entfielen auf Kandidaten aus DGB-Gewerkschaften. Im Vergleich zu 2010 blieb der Anteil weitgehend gleich.

Frauenanteil stagniert: Auch was die Vertretung von Frauen angeht, scheint es keine gravierenden Veränderungen gegeben zu haben. Der Anteil der Mandatsträgerinnen in den

Reges Interesse

An den Betriebsratswahlen 2014 beteiligten sich im Schnitt ...



8 von 10 Beschäftigten.

Quelle: Kißler u.a. 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

neu gewählten Betriebsräten beträgt der Auswertung zufolge 30 Prozent und ist im Trendvergleich nahezu identisch geblieben. Ähnlich sieht es bei den Vorsitzenden und ihren Stellvertretern aus. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen verschiedenen Branchen: Im Dienstleistungsbereich könne mit 46 Prozent Frauenanteil von einer nahezu „paritätischen Genderbesetzung“ gesprochen werden, so die Forscher. Einen grundlegenden Umbruch in der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Betriebsratsgremien können sie allerdings nicht erkennen. Sie empfehlen daher eine genderorientierte Strategie sowohl bei der Nachwuchsförderung als auch bei der Besetzung von Vorsitzenden-Positionen.

Viel Erfahrung: Eine Mehrheit der 2014 gewählten Betriebsräte hat der Auswertung zufolge mindestens eine Amtszeit hinter sich, im Bereich der IG Metall beispielsweise rund zwei Drittel. Diese personelle Kontinuität spreche für den Professionalisierungsgrad der betrieblichen Mitbestimmungsarbeit, konstatieren die Soziologen. Die Routine der länger amtierenden Betriebsratsmitglieder führe in Verbindung mit ihrer anerkannten Vertretungspolitik augenscheinlich dazu, dass sie mehrfach wiedergewählt werden. Die „Verberuflichung der Betriebsratsarbeit“ habe allerdings auch einen Nachteil: Die Gremien befänden sich in einem Zyklus der Alterung. Um den professionellen Standard nach dem absehbaren Ausscheiden älterer und bewährter Mitglieder nachhaltig zu gewährleisten, gelte es daher, noch mehr junge Beschäftigte für die Betriebsratsarbeit zu gewinnen.

Wählen wird einfacher: Mehr als die Hälfte der Betriebe mit 51 bis 100 Beschäftigten wendet mittlerweile das vereinfachte Wahlverfahren an. Der Anteil betrug 2014 knapp 55 Prozent, 2010 waren es erst 51 Prozent. Auch wo es nicht obligatorisch ist, habe sich das vereinfachte Wahlverfahren im Konsens zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebern also etabliert, so Greifenstein, Kißler und Lange. ◀

* Quelle: Ralph Greifenstein, Leo Kißler, Hendrik Lange: Trendreport Betriebsratswahlen 2014, Zwischenbericht, September 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

Mehr Wettbewerb wäre schädlich

Der Länderfinanzausgleich steht unter Beschuss: Geberländer und einige Ökonomen wünschen sich mehr Konkurrenz statt Solidarität zwischen den Bundesländern. Das wahre Problem sind jedoch unzureichende Steuereinnahmen auf allen Ebenen.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen werden neu verhandelt. Denn zusammen mit dem Solidarpakt II laufen 2019 die aktuellen Regelungen aus. Das dürfte diejenigen auf den Plan rufen, die „weg vom kooperativen Föderalismus“ und stattdessen „in Richtung eines Wettbewerbsföderalismus“ gehen wollen, fürchten Achim Truger und Dieter Vesper. Der Professor an der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht und der Berliner Finanzexperte haben sich im Auftrag des IMK mit dem Länderfinanzausgleich beschäftigt.* Ihr Fazit: „Das deutsche System der föderalen Finanzbeziehungen und des Länderfinanzausgleichs ist durchaus effektiv und erfüllt wichtige fiskalische sowie verteilungs- und stabilisierungspolitische Funktionen.“ Was die Politik tatsächlich angehen müsse, sei die „strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte“.

Wirtschaftskraft variiert

Je Einwohner betrug das Bruttoinlandsprodukt 2012 in ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Der Länderfinanzausgleich sowie das ganze System des kooperativen Föderalismus, das auch Bund und Kommunen einschließt, soll die vom Grundgesetz geforderte „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ sicherstellen. Zunächst werden die Steuereinnahmen nach einem bestimmten Schlüssel auf die Verwaltungsebenen aufgeteilt. Von der Einkommensteuer gehen zum Beispiel je 42,5 Prozent an den Bund und das Land, die übrigen 15 Prozent über-

weist das Finanzamt an die Gemeinde. Damit stehen wirtschaftlich starke Landstriche besser da als strukturschwache. Um einen Ausgleich zu schaffen, wird im ersten Schritt ein Teil der Mehrwertsteuer zwischen den Ländern umverteilt. Außerdem müssen die reichsten Länder Zahlungen an die finanziell schwächeren leisten. Berücksichtigt wird neben der Wirtschaftskraft auch die Bevölkerungsdichte: Stadtstaaten und besonders dünn besiedelte Regionen erhalten je Einwohner etwas mehr. Ein ausgeklügeltes Berechnungssystem sorgt dafür, dass die Differenzen bei den Steuereinnahmen pro Einwohner verringert, aber nicht völlig eingeebnet werden. Im Ergebnis musste Bayern 2012 knapp 12 Prozent seiner Einnahmen abführen, behielt aber seine überdurchschnittliche Finanzkraft. In Baden-Württemberg und Hessen lagen die Werte bei 9 und 8 Prozent. Zusätzlich kann der Bund den Ländern mit Ergänzungszuweisungen unter die Arme greifen.

Kritiker des Finanzausgleichs monieren, das System setze falsche Anreize und beeinträchtige die Effizienz des Staates: Die Länder würden für wirtschaftsfreundliche Politik nicht belohnt, weil sie zusätzliche Steuereinnahmen abgeben müssten. Stattdessen sollten sie in einen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen und Arbeitskräfte eintreten. Diese Argumentation halten Truger und Vesper jedoch für angreifbar. Sie sei weder theoretisch noch empirisch haltbar:

► Erstens fuße das gedankliche Modell, das hinter dem föderalen Wettbewerb steht, nicht auf realistischen Annahmen. Tatsächlich sei nicht zu beobachten, dass Landes- und Kommunalpolitiker bei ihren Bemühungen um Unternehmen und Arbeitsplätze in erster Linie auf potenzielle Steuereinnahmen schauen – entsprechend gering dürfte die Wirkung veränderter Anreizstrukturen ausfallen.

► Steuerwettbewerb kann, so Truger und Vesper, leicht zu einer destruktiven Konkurrenz zwischen Regionen ausarten. Am Ende müssten alle mit einer schlechteren öffentlichen Infrastruktur leben.

► Das Grundgesetz sehe Wettbewerbsföderalismus zudem schlicht nicht vor. Nach Einschätzung der Wissenschaftler würde dieses Konzept den von der Verfassung vorgegebenen Staatsaufbau auf den Kopf stellen.

► Auch die empirische Forschung spricht nicht für mehr Wettbewerb zwischen Ländern. Die Forscher zitieren eine internationale Studie, nach der „kein signifikanter Einfluss des Dezentalisierungsgrades auf das Wirtschaftswachstum“ nachweisbar ist. In Deutschland sei zu dem Thema insgesamt wenig empirisch geforscht worden, was angesichts der vehementen Debatte überrasche, so die Wissenschaftler.

► Gesamtwirtschaftlich wirke der Finanzausgleich stabilisierend. Er helfe etwa, weltwirtschaftliche Schocks abzufedern, die besonders auf bestimmte Regionen durchschlagen.

Nach einer Analyse der Länderfinanzen kommen Truger und Vesper zu dem Schluss, dass es unbegründet sei, von einer „Überforderung“ der Geberländer zu sprechen. Zwar fehle es vielerorts an Geld. Dies sei jedoch keine Folge der föderalen Finanzbeziehungen, sondern der langjährigen Steuerersenkungspolitik sowie des schwachen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums des vergangenen Jahrzehnts. ◀

* Quelle: Achim Truger, Dieter Vesper: Zur Reform des Länderfinanzausgleichs – eine Notwendigkeit?, IMK Study 37, September 2014

Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Ungleichheit wächst wieder

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung hat sich von 2005 bis 2010 kaum erhöht. Das lag vor allem am Einbruch der Kapitaleinkommen während der Finanzkrise – und dürfte nur vorübergehend gewesen sein.

Über anderthalb Jahrzehnte, seit Beginn der 1990er-Jahre, hat sich die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen in der Bundesrepublik stetig weiter geöffnet. Der Gini-Koeffizient, das verbreitetste Maß für Ungleichheit, stieg um rund 18 Prozent an. Deutschland, lange Zeit ein Staat mit relativ ausgeglichener Einkommensverteilung, rutschte auf das durchschnittliche Niveau der OECD-Länder ab. Ab 2005 ging der Gini-Wert wieder etwas zurück. 2010 lag er dennoch 13 Prozent höher als 1991. 2011, das letzte Jahr, für das bislang Zahlen vorliegen, hat nach Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wieder einen Anstieg gebracht. Bedeutet das, dass sich der Trend zu steigender Einkommensungleichheit fortsetzt?

Um die weitere Entwicklung abschätzen zu können, ist ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Konjunktur und Einkommensverteilung hilfreich. Das IMK hat deshalb gemeinsam mit Forschern der Arbeiterkammer Wien und der Universität Tübingen untersucht, in welchem Maß die Markteinkommen aus Vollzeit- und aus atypischer Beschäftigung sowie aus Kapitaleinkommen zu Veränderungen der Einkommensungleichheit beigetragen haben.* Basis ihrer Analysen ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine jährliche Wiederholungsbefragung von mehreren tausend Haushalten. Die Forscher fassen für ihre Untersuchung Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung zu atypischer Arbeit zusammen. Zu den Kapitaleinkommen zählen Zinseinkünfte, ausgeschüttete Gewinne und Mieteinnahmen.

Das Ergebnis der IMK-Analysen stellt eine verbreitete Annahme infrage: Danach hat ab 2005 vor allem die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt, insbesondere die erfolgreiche Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2010, eine weitere Zunahme der Ungleichheit verhindert. Doch die SOEP-Daten weisen in eine andere Richtung: Die Arbeitseinkommen haben sich von 2005 bis 2010 weiterhin auseinanderbewegt, wenn auch in schwächerem Umfang als zuvor. Die starke Zunahme der gesamten Ungleichheit durch atypische Beschäftigung zu Beginn der 2000er-Jahre kam zwar mit dem Aufschwung ab 2006 kurz zum Erliegen. Sie setzte aber nach 2008 wieder spürbar ein. Mit dem Ausbruch der Krise stieg auch der bis dahin moderate Beitrag der Vollzeiteinkommen zur gesamten Ungleichheit deutlich an.

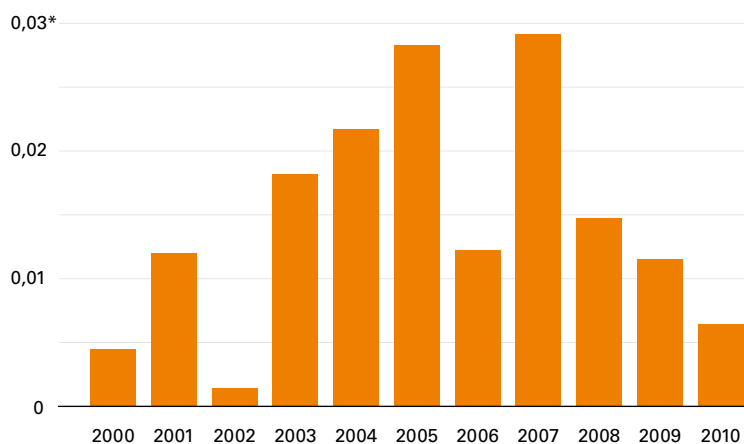
Dass sich die Ungleichheit zwischen 2005 und 2010 insgesamt nicht weiter erhöhte, lag nach den Analysen des IMK in erster Linie an den Kapitaleinkommen. Diese gingen in der

Finanzkrise ab 2008 nämlich stark zurück. Überproportional steigende Einkünfte aus Zinsen, Unternehmensgewinnen oder Immobilien hatten seit der Wiedervereinigung die Ungleichheit vergrößert, weil Kapitaleinkommen überwiegend einer relativ kleinen Gruppe in der Bevölkerung zufließen. Der krisenbedingte Wirtschaftseinbruch ließ den Anteil und die Konzentration der Kapitaleinkommen hingegen stark sinken, so dass die zunehmende Ungleichheit der Arbeitseinkommen zeitweise überkompensiert wurde.

Nach Einschätzung der Wissenschaftler dürfte die vermeintliche Entspannung bei der Verteilungsentwicklung daher nur eine Episode sein. Mittlerweile haben sich die gesamtwirtschaftliche Situation und mit ihr die Unternehmensgewinne und die Einkommen aus Vermögen in Deutschland wieder erholt. „Für die Jahre 2012-2014 muss daher wieder mit einem Anstieg der Einkommensungleichheit gerechnet werden“, konstatieren die Forscher des IMK. Ein politisches

Ungleichheit: Kapitaleinkommen wichtiger Faktor

Im Vergleich zum Jahr 1999 stieg die Einkommensungleichheit. So stark trugen Kapitalvermögen dazu bei ...



* Veränderung des Gini-Koeffizienten; Quelle: IMK 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

Gegensteuern sei deshalb angebracht. Die Wissenschaftler empfehlen, zweigleisig vorzugehen: In der Arbeitsmarktpolitik sei es sinnvoll, atypische zugunsten regulärer Beschäftigung zurückzudrängen. Die Steuerpolitik könne gegen den Trend zu wachsender Ungleichheit vorgehen, indem sie die pauschale Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen abschaffe und die Vermögensteuer reaktiviere. ◀

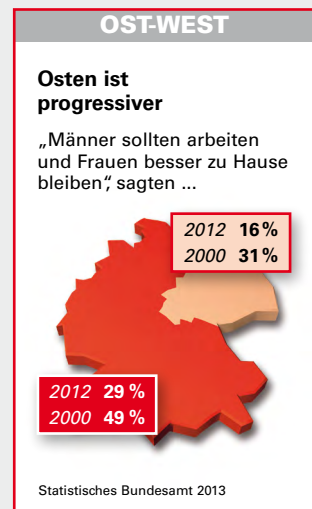
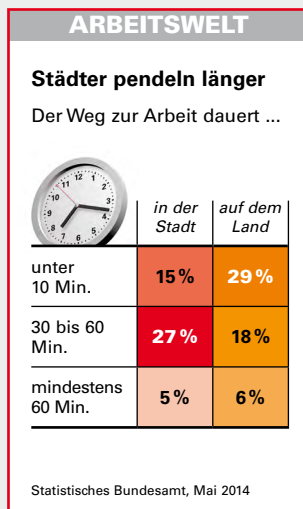
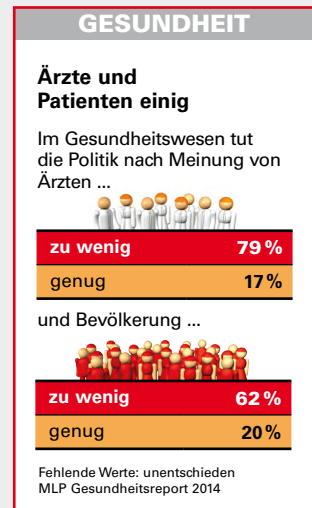
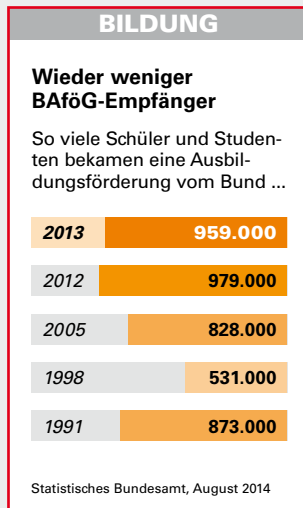
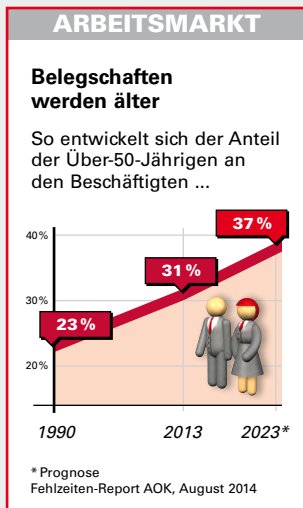
* Quellen: Gustav Horn u.a.: Wirtschaftskrise unterbricht Anstieg der Ungleichheit. IMK Report 97, September 2014; Miriam Rehm, Kai Daniel Schmid, Dieter Wang: Why has Inequality in Germany not Risen Further after 2005? IMK Working Paper 137, August 2014
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Impressum

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Dr. Kai Kühne, Katja Wolf;
 E-Mail: redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon: 02 11 / 77 78-286, Fax: 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,
 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARBEITSWELT:** Die Arbeit im Pflegebereich stellt enorme Anforderungen an die Beschäftigten: Pflegekräfte lassen im Vergleich zur durchschnittlichen Erwerbsbevölkerung ihre Pausen doppelt so oft ausfallen – der Grund: zu viel Arbeit. Laut einer Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) arbeiten viele an ihrer Leistungsgrenze.

Meist müssen sie verschiedene Tätigkeiten gleichzeitig ausführen und sehr schnell arbeiten. Auch die körperliche Belastung ist hoch. Pflegekräfte leiden überdurchschnittlich oft an Beschwerden wie Rücken- oder Knieschmerzen. Verglichen mit ihren Kollegen im europäischen Ausland wollen deutsche Pflegekräfte häufiger aus dem Beruf aussteigen. Gegenwärtig sinkt die

Zahl der Pflegebeschäftigten, der Altersdurchschnitt steigt. BAuA, September 2014

► **RENTE:** Mit einem Jahresüberschuss der Rentenkassen von 2,5 Milliarden Euro rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) – trotz der Ausgaben für die Rente mit 63 und die Mütterrente. Das Vermögen der Rentenkassen dürfte damit Ende

2014 auf über 36 Milliarden Euro steigen. Grund für die gute Kassenlage sei der stabile Arbeitsmarkt. Damit könnte der Beitragssatz 2015 um 0,6 Prozentpunkte auf 18,3 Prozent sinken. Sinnvoller sei es jedoch, eine demografische Reserve anzulegen, um die Beiträge langfristig zu stabilisieren und kommende Generationen zu entlasten.

DIW, September 2014

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 9. Oktober

bestellen unter boecklerimpuls.de